

- 1 **Antragsteller: FA I**
2 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
3 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
4

5 **Demokratisierung der europäischen Verteidigungs- und** 6 **Sicherheitspolitik!**

7 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion sowie
8 die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament werden dazu aufgefordert, ihre Zustimmung zu
9 einer verstärkten Europäisierung der Sicherheitspolitik an Bedingungen zu knüpfen, die einer
10 intergouvernementalen Entkoppelung von demokratischer Kontrolle und den zunehmenden
11 Kapazitäten im Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik vorbeugen.

12 Wir unterstützen explizit die Entwicklung des strategischen Kompasses als neuem
13 Grundlagendokument der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der
14 Europäischen Union (EU) sowie das Ziel, gemeinsame europäische Sicherheits- und
15 Verteidigungsinteressen zu verfolgen. Allerdings muss die Ausweitung der militärischen
16 Kapazitäten und der Verteidigungspotentiale der EU im Ganzen mit einer Verstärkung der
17 parlamentarisch-demokratischen Kontrolle durch das EU-Parlament und die nationalen
18 Parlamente verbunden werden.

19 Mit der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) wurde ein erster wichtiger Schritt
20 zu mehr supranationaler Gemeinsamkeit in der europäischen Sicherheits-, Verteidigungs-
21 sowie Rüstungspolitik getan. Dieser Prozess hin zu einer echten Europäischen Sicherheits- und
22 Verteidigungsunion muss nun entschlossen vorangetrieben und gleichzeitig einer effektiven
23 demokratischen Kontrolle unterworfen werden:

- 24 1. Eine sozialdemokratische Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat zum Ziel,
25 demokratische Kontrolle, sog. „Checks und Balances“, aufzubauen und aufrechtzuerhalten.
26 Anstatt weitere Kapazitäten und Fähigkeiten auf zwischenstaatlicher Ebene zu schaffen –
27 etwa um Größenvorteile in der Handlungsfähigkeit zu gewinnen –, sollte eine
28 Neugestaltung supranationaler europäischer Kompetenzbefugnisse in der GSVP im Fokus
29 stehen. Wir fordern daher eine stärkere Beteiligung des EU-Parlaments an der
30 Überprüfung, Billigung und strategischen Lenkung gemeinsamer GSVP-Ressourcen.
- 31 2. Für EU-Missionen im Ausland muss für das EU-Parlament ein Parlamentsvorbehalt
32 Anwendung finden, der dem des Bundestages für Auslandseinsätze der Bundeswehr
33 entspricht. Für die EU im Ganzen betreffenden sicherheits- und verteidigungspolitischen
34 Maßnahmen müssen die Kontroll- und Mitentscheidungsrechte des Europäischen
35 Parlaments – analog zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren – das gleiche Gewicht
36 haben wie Beschlüsse des Europäischen Rats und des Ministerrats.
- 37 3. Außerdem halten wir es für zwingend notwendig, dass das Europäische Parlament an der
38 Aufstellung, Entwicklung und Evaluation des Erfolgs von Strategien für die Gemeinsame
39 Außen- und Sicherheitspolitik der Union (GASP) und der GSVP, wie zum Beispiel bei der
40 Aufstellung von gesamteuropäischen Prioritäten (strategischer Kompass), aktiv mit
41 einbezogen wird, damit es seine demokratische Rolle als Kontrollorgan der Exekutive
42 ausüben kann und demokratische Verantwortlichkeiten aufgebaut werden.

43 4. Um demokratisch entkoppelten Kapazitäten entgegenzutreten und um parlamentarisch-
44 demokratische Verantwortlichkeit zu schaffen, fordern wir auch, dass sich Agenturen wie
45 FRONTEX vor dem Europäischen Parlament zu verantworten haben, wenn es zu
46 Verletzungen von Menschenrechten oder der Missachtung des
47 Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS) durch seine Beamte kommt.

48

49 **Begründung:**

50 In einer globalen Welt, in der Konflikte von heute auf morgen entstehen können, bedarf es
51 europäischer Institutionen, die kollektiv auf der Basis von Menschenrechten und
52 internationalen Normen handeln. Wir sind davon überzeugt, dass eine demokratische
53 verankerte Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ein stärkeres Level von Verantwortlichkeit
54 schafft, welcher in Anbetracht der zunehmenden Kapazitäten auf der europäischen Ebene
55 unabdingbar ist.

56 Der Gasstreit im östlichen Mittelmeer, die Zersplitterung Libyens, Konflikte im Post-
57 Sowjetischen Raum und die anhaltenden Unruhen im Nahen Osten sind nur einige Beispiele
58 für Konfliktherde in der unmittelbaren Nachbarschaft der Europäischen Union, die in den
59 verschiedenen Mitgliedstaaten der EU für verschiedenen Bedrohungswahrnehmungen sorgen.
60 Während in den östlichen Mitgliedstaaten meistens Russland als Bedrohung wahrgenommen
61 wird - insbesondere mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim sind Erinnerungen des
62 historischen kollektiven Gedächtnisses Osteuropas an die Vergangenheit in der ehemaligen
63 Sowjetunion wachgerufen worden - fühlen sich die EU-Mitgliedstaaten im Süden bei der
64 Bewältigung von transnationaler Kriminalität sowie Migration und Flucht alleingelassen.

65 Diese verschiedenen Bedrohungswahrnehmungen bilden auch den Kontext, in dem
66 europäische Verteidigungsminister*innen über die Weiterentwicklung und das Gelingen einer
67 gemeinsamen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik beratschlagen. Um diese
68 verschiedenen Perspektiven und strategischen Kulturen zu vereinen, wird momentan an
69 einem strategischen Kompass gearbeitet. Zunächst soll eine Bedrohungsanalyse erstellt
70 werden, die der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik bis
71 zum Ende des Jahres 2020 vorlegen soll. Die EU-Mitgliedstaaten liefern Inputs, sie stimmen
72 zwar nicht über das finale Dokument ab, treten aber danach auf der Grundlage der Analyse in
73 einen strukturierten Dialog. Es gibt vier Hauptthemen. 1. Krisenmanagement: Wie lässt sich
74 die Instabilität in der Nachbarschaft der EU adressieren? 2. Resilienz: Hierzu zählt unter
75 anderem Informationskriegsführung und hybride Kriegsführung. 3. Fähigkeiten: Welche
76 militärischen Fähigkeiten sind nötig, um den gemeinsamen Bedrohungswahrnehmungen zu
77 begegnen? 4. Partnerschaften: Mit welchen Staaten können strategische
78 Sicherheitspartnerschaften aufgenommen und ausgebaut werden? Hier ist zum Beispiel das
79 Vereinigte Königreich ein wichtiger zukünftiger Partner nach der Übergangsphase des
80 Austrittsabkommens.

81 Obwohl wir den strategischen Kompass grundsätzlich unterstützen, kritisieren wir die
82 fehlenden Kontrollmechanismen der parlamentarisch-demokratischen Verantwortung bei der
83 Aufstellung und Entwicklung von Strategien für die GSVP und die GASP. Zudem dominieren in
84 fast allen Bereichen der GASP weiterhin intergouvernementale Entscheidungsprozesse, ohne
85 eine Rolle für das Europäische Parlament, insbesondere in Verteidigungs- und militärischen

86 Fragen. Momentan hält das Europäische Parlament zweimal im Jahr eine Debatte bezüglich
87 der GASP und der GSVP. Obwohl es dadurch de facto die Möglichkeit hat, aktuelle
88 Entwicklungen zu kommentieren, ist seine Rolle de jure unwesentlich. Insbesondere der
89 nationale Vergleich mit dem Charakter der Bundeswehr als Parlamentsarmee durch den
90 „konstitutiven Parlamentsvorbehalt“, welches im Parlamentsbeteiligungsgesetz auf eine
91 gesetzliche Grundlage gestellt wurde, führt einem die unzulängliche demokratische
92 Verantwortlichkeit auf EU-Ebene vor Augen.

93 So scheint es als ob intergouvernementale europäische Kapazitäten im Bereich der
94 Sicherheits- und Verteidigungspolitik wachsen, nicht aber die parlamentarisch-
95 demokratischen Kontrollorgane. Beispielsweise zählte die Grenzschutzagentur FRONTEX
96 anfangs 370 Mitarbeiter und ein Jahresbudget von 142 Millionen Euro, heute sind es bereits
97 mehr als 1.500 Mitarbeiter und 330 Millionen Euro. Nach dem Willen der Kommission würde
98 die Agentur bis 2024 sogar auf 10.000 Mitarbeiter anwachsen. Aber die Kontrollorgane sind
99 nicht mitgewachsen. Nichtregierungsorganisationen kritisieren zum Beispiel, dass die
100 massiven Steigerungen an finanziellen Mitteln und Personal in keinem Verhältnis stehen zu
101 derselben Stagnation in diesem Bereich für das Büro der Menschenrechtsbeauftragten
102 innerhalb der Agentur.

103 Eine starke parlamentarisch-demokratische Kontrolle der Europäischen Sicherheits- und
104 Verteidigungspolitik, in Form gleichgewichtiger Mitentscheidungskompetenzen des
105 Europäischen Parlaments und einer stärkeren Kontrollfunktion von europäischen
106 Sicherheitsinstitutionen, ist in gleicher Weise zur Sicherung der Akzeptanz
107 sicherheitspolitischer Entscheidungen auf EU-Ebene bei der europäischen Öffentlichkeit wie
108 zur Gewährleistung universeller Normen erforderlich. Sie sollte ergänzt werden durch eine
109 stärkere Nutzung zivilgesellschaftlicher und bürgerschaftlicher
110 Mitbestimmungsmechanismen unter besonderer Berücksichtigung von Frauenrechten gemäß
111 den Vorgaben der UNSC-Resolution 1325.

112

113